

# Perspektiven für Demokratie in Laos

*Die Chancen, daß Laos sich in naher Zukunft in Richtung demokratisches Vielparteiensystem bewegt, sind als gering einzuschätzen, welche Analyse auch immer zugrunde gelegt wird. Die Demokratische Volksrepublik Laos (LPDR) bleibt ein kommunistischer Einparteiensstaat, in dem die politische Macht von der Laotischen Revolutionären Volkspartei (LPRP) monopolisiert wird, der einzigen legalen politischen Organisation im Land. In den letzten zwei Jahren seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und in Osteuropa hat die LPRP sehr deutlich gemacht, daß sie keinerlei Absicht hat, sich ihre Machtposition von irgendwelchen Einzelpersonen oder Organisationen streitig machen zu lassen. Auch besteht wenig Aussicht, daß irgendwelche Kräfte zu dieser Herausforderung fähig sind, jedenfalls nicht solange die Partei sich auf die internationale Unterstützung ihrer mächtigsten Nachbarn, China und Vietnam, verlassen kann. Sollten die marxistischen Regierungen dieser beiden Länder jedoch ein Vielparteiensystem zulassen, würde Laos ihnen zwangsläufig folgen.*

Die LPRP steht auf dem Standpunkt, daß das herrschende politische System bereits demokratisch ist. Die laotische Führung verweist auf die Verfassung des Landes, die regelmäßige Wahlen vorsieht. Wahlen werden auch tatsächlich abgehalten. Doch die Demokratie hat in Laos die Form eines vorsichtig umschriebenen demokratischen Zentralismus. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Dezember 1992, der ersten seit der Verabschiedung der Verfassung von 1991, standen den 85 zu vergebenden Sitzen 154 von der Partei überprüfte Kandidaten gegenüber. Nach Angaben der Regierung gaben 99,37 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab – in einem Wahlkreis sogar hundert Prozent. Dreißig von 34 hohen Funktionäre wurden gewählt, aber nur 55 von 120 lokalen Funktionären. Anders ausgedrückt: niemand kandidierte, der nicht bereits in irgendeiner Weise in Diensten von Regierung oder Partei stand. Acht von sechzehn Frauen wurden gewählt, während 51 Mitglieder als "Intellektuelle" beschrieben wurden. Knapp über ein Drittel der Gewählten waren Angehörige ethnischer Minderheiten.

## Wahlen ohne Auswahl

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte dies ermutigen. Nicht jedoch, wenn man sieht, wie die Wahlen organisiert und gesteuert wurden. Nicht die leiseste Kritik an der offiziellen Politik war gestattet. Auch gab es keine Hinweise darauf, daß der politische Prozeß liberaler würde. Im Vorfeld der Wahlen wurde allen Kandidaten ihre Grenzen deutlich gemacht. Drei ehemalige Regierungsfunktionäre, zwei Abgeordnete und ein hoher Beamter des Justizministeriums wurden zu vierzehn Jahren Haft verurteilt. Sie hatten öffentlich ein Mehrparteiensystem gefordert.

Die bisher einzige Massenagitation für eine Mehrparteien-Demokratie in Laos entwickelte sich nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa. Mitte 1990 inszenierten laotische Studenten in Polen, der Tschechoslowakei, Ostdeutschland und Ungarn eine Reihe von Demonstrationen, in denen die Beendigung des Machtmonopols der LPRP gefordert wurde. Das Anliegen der Studenten wurde von einer kleinen Gruppe von Intellektuellen in Vientiane aufgegriffen, von denen einige an westlichen Universitäten studiert hatten und die sich selbst "Sozialdemokraten" nannten. Zu den Führern dieser Gruppe gehörten u.a. der frühere Wissenschaftsminister Thongsouk Saysangky, der in ziemlich spektakulärer Weise aus der Partei austrat und in einem Offenen Brief politische Reformen und mehr Demokratie forderte.

Zur gleichen Zeit propagierte die Partei die Diskussion einer neuen Verfassung. Dies war das erste Mal seit der kommunistischen Machtergreifung im Dezember 1975, mit der die sechs Jahrhunderte alte laotische Monarchie beendet wurde. Der wohl umstrittenste Artikel in der Verfassung, mit Sicherheit der am meisten diskutierte innerhalb und außerhalb der Partei, betraf die verfassungsmäßige Rolle der Partei selbst. Im ursprünglichen Entwurf war im Artikel 1 die Führung der Partei im laotischen Staat festgeschrieben worden. Im Verlauf der Diskussionen wurde diese Formulierung etwas abgemildert und im Artikel 3 der endgültigen Verfassung wird die LPRP jetzt als der "führende Kern" des politischen Systems beschrieben. Eben diesen Status der Partei hatten die erwähnten verhafteten Funktionäre kritisiert. Alle drei wurden im Oktober 1990 festgenommen und zwei Jahre lang gefangen gehalten, bevor sie verurteilt wurden.

In der Meldung über die Verhaftungen hieß es bei Radio Vientiane, daß den drei

Politikern "vorgeworfen wird, eine Rebellion vorbereitet zu haben und Propaganda zu machen (gegen die laotische Regierung), indem sie Versammlungen organisiert haben, um Verwirrungen zu stiften und Gerüchte über andere Leute zu verbreiten, und indem sie Unruhe ins Gefängnis brachten". Für laotische Verhältnisse waren das schwere Vorwürfe. Die "Unruhe" im Gefängnis besagt wahrscheinlich, daß die drei Männer sich der "Umerziehung" widersetzt haben bzw. nicht gewillt waren, ihre Ansichten zu ändern.

Die Urteile, die Anfang November letzten Jahres ausgesprochen wurden, könnten auch einem anderen Ziel gedient haben. Inzwischen war der Staatspräsident und Parteivorsitzende schwer erkrankt. Er starb am 21. November. Sein Nachfolger als Staatspräsident wurde der frühere Präsident der Nationalversammlung, Nouhak Phoumsavanh, und sein Nachfolger als Parteivorsitzender Ministerpräsident Khamtay Siphandone. Die Partei hat möglicherweise befürchtet, daß Kaysones Tod irgendeine Art von Massendemonstrationen gegen die Partei hervorrufen könnte, und deutlich machen wollen, daß dies nicht geduldet werden würde. Wenn das der Grund für das harte Urteil war, dann zeigte es Wirkung. Der Übergang nach Kaysones Tod wurde ohne Schwierigkeiten geregelt, und zu Veränderungen in der Politik kam es nicht. Obwohl die Unzufriedenheit mit den Zuständen im Land und der Rolle der Partei weit verbreitet ist, spricht sich heute in Laos niemand offen für eine Mehrparteien-Demokratie aus. Sogar viele Laoten, die nicht Parteimitglieder sind, glauben, daß ein solcher Schritt verfrüht wäre. Wogegen sie opponieren, ist die Macht der Kader und das Ausmaß der Korruption, nicht das Einparteiensystem an sich.

## Mehrparteiensystem ohne Unterstützung

Es gibt eine Reihe von Ursachen für das Fehlen einer konzertierten Massenbewegung für Demokratie in Laos, abgesehen von der offensichtlichen Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen. Da sind zunächst demographische Gründe zu nennen. Als die Pathet Lao, die kommunistische Bewegung, die fast dreißig Jahre gegen die königliche Regierung in Laos gekämpft hatte, 1975 die Macht ergriff, führte dies zu einer massiven Flucht der Unterstützer der früheren Regierung. Zehntausende Hmong (oder Meo), die in der "geheimen Armee" gekämpft hatten, die von der CIA finanziert und gesteuert wurde, flohen aus Angst vor Racheakten. Das tat auch der größte Teil der gebildeten Mittelschichten. Mindestens zehn Prozent der Bevölkerung ging über den Mekong nach Thailand und die meisten von ihnen weiter in die USA, nach Frankreich, Australien und Kanada.

Wichtiger ist jedoch, daß neunzig Prozent dieser zehn Prozent ehemalige technisch qualifizierte Staatsbedienstete und Manager waren. Der Verlust war verheerend – so sehr, daß Laos sich bis jetzt nicht davon erholt hat. Noch heute ist der Mangel an qualifiziertem Personal der Hauptgrund dafür, daß das Land Schwierigkeiten hat, die ca. 80 bis 110 Millionen US Dollar, die es jährlich insgesamt an Entwicklungshilfe erhält, einzusetzen und gut zu nutzen. Eine Folge dieses Aderlasses ist auch, daß es nur noch wenige Menschen gibt, die sich mit Sympathie an das frühere System erinnern oder die Vorzüge einer Mehrparteien-Demokratie würdigen könnten.

## Patronage statt Demokratie

Ein zweiter Grund hat mit der Art und Weise zu tun, wie Demokratie in Laos wirkte und wie politische Macht unter der früheren Regierung ausgeübt wurde – und wird. Die früheren politischen Parteien waren nicht viel mehr als Elitegruppen, die sich um einen oder mehrere Führer scharten, die mächtige Clans repräsentierten. Ihrer Arbeitsweise lagen nicht politische Gesichtspunkte, sondern Patronage zugrunde. Regierungen konstituierten sich als Bündnisse von Clan-Führern, deren wichtigstes Anliegen die Interessen ihrer Clans waren. Unter der früheren Regierung waren diese Interessen in erster Linie finanzieller Art. Sie beteiligten sich an der Regierung, um den

größtmöglichen Teil der sich bietenden Bereicherungsmöglichkeiten zu erlangen. Dies geschah durch Klüngel und durch Vetternwirtschaft in der Verwaltung.

Als Ausnahme hiervon konnte zwischen 1946 und 1975 die Laotische Volkspartei (Lao People's Party), die Vorläuferin der LPRP, gelten. Sie war die einzige politische Organisation, die die Landbevölkerung organisiert und eine Massenbasis mobilisiert hatte.

Sie hatte nicht nur Anhänger im politisch dominierenden Tiefland von Laos (bekannt als Lao Loum), sondern auch bei den politisch und geographisch marginalisierten ethnischen Minderheiten: den Lao Theung (austroasiatisch sprechende Stämme, die Brandrodung betrieben), den Lao Sung (später eingewanderte sino-tibetisch sprechende Stämme, die in größeren Höhen Opium als Hauptprodukt anbauten). Zum erstenmal bot die Partei diesen Gruppen, die vierzig Prozent der Bevölkerung ausmachen, die Chance, am politischen Leben des Landes teilzuhaben. Dafür

Regierungsgeschäfte mehr und mehr auf alte laotische Weise geführt, nämlich über persönliche Kontakte und verwandtschaftliche Verbindungen. Zunehmend ausgeschlossen wurden dabei die Minderheiten, da diese Art der politischen Einflußnahme sie praktisch nicht einbezieht – außer in den ärmeren und gebirgigen Provinzen, wo sie selbst die Partei unter Kontrolle haben, und wo sie dann auch ähnlich vorgehen.

Das Patronage-System führte zur Untergrabung des demokratischen Prozesses, auch innerhalb der Partei selbst. Es schließt diejenigen aus, die keinen Zugang zu Patronage-Quellen haben. Unter der früheren, vorrevolutionären Regierung konzentrierten sich mächtige Clans um aristokratische Familien. In der Laotischen Demokratischen Volksrepublik nehmen mächtige Parteipersonlichkeiten die gleiche Rolle ein – dem Zentralkomitee der Partei gehören zwar mehrere Mitglieder von Minderheitengruppen an, doch es ist ganz überwiegend mit Flachland-Laoten besetzt. So werden



"Revolution is over: a new direction is sought."

unterstützten die Minderheiten die Revolution.

Der Sieg der Pathet Lao, der laotischen revolutionären Bewegung, brachte 1975 erstmalig überwiegend von Lao Loum besiedelte Gebiete entlang dem Mekong unter die Kontrolle der Partei. Die neue Regierung verlegte ihren Sitz von den Höhlen von Vien Say, nahe der Grenze zu Nordvietnam, nach Vientiane, wo die Führung der Partei bald von Leuten beilagert war, die Gefälligkeiten erbat und bereit waren, dafür zu zahlen. Es stieg nicht nur die Gefahr der Korruption, sondern auch der Einfluß der Lao Loum. Mit dem Rückgang der Sparmaßnahmen und Disziplin der Kriegsjahre wurden die

aus: Asia Yearbook 1993 (FEER), S. 152

die Prozesse des demokratischen Zentralismus praktisch unterlaufen.

Ein weiterer recht naheliegender Grund für den geringen Druck von unten liegt darin, daß die Partei die Reste der dünnen Mittelschicht an sich binden konnte. Was man sich allgemein unter "civil society" vorstellt, sucht man in Laos vergebens. Im Geschäftsleben wird sich der Unterstützung mächtiger Parteifunktionäre bedient. Geschäftsleute sind der Partei wegen Gefälligkeiten verpflichtet und haben daher keine eigene unabhängige Stimme.

Dazu kommt, daß viele von denen, die Nutzen aus der seit drei Jahren entspannteren wirtschaftlichen Situation

ziehen, Verwandte von Parteimitgliedern, wenn nicht gar selbst Parteimitglieder sind. Zur Zeit kommen die meisten ausländischen Investitionen aus Thailand. Und thailändische Geschäftsleute wollen Partnerschaften mit Laoten, die gute Verbindungen haben, also Zugang zu einflußreichen Parteiführern.

Schließlich gibt es noch den staatlichen Zwangsapparat: das Militär, die Polizei und die Geheimpolizei, deren Aufgabe es ist, jede Opposition gegen das Regime aufzudecken und zu neutralisieren. Obwohl die Geheimpolizei nicht gerade so effizient arbeitet wie der frühere ostdeutsche Stasi, sind ihre Aktivitäten doch so gefürchtet, daß die Menschen sich mit politischen Meinungsäußerungen sehr zurückhalten, besonders in der Öffentlichkeit. Sowohl die Polizei als auch die Armee sind dem Regime treu ergeben. Das Innenministerium ist unter der Kontrolle der früheren Militärführer der Pathet Lao. Was die Armee anbelangt, so steht sie auf der Seite des früheren Oberbefehlshabers und ehemaligen Verteidigungsministers Khampay Siphandone, der jetzt zum Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden gewählt wurde.

Viele Menschen in Laos glauben, daß angesichts der gegenwärtigen Lage der laotischen Wirtschaft und der Entwicklungsbedürfnisse des Landes eine Mehrparteien-Demokratie ein Luxus ist, auf den man gut verzichten kann. Sie argumentieren, daß das Land Einheit braucht und Sorge um das Gemeinwohl, d.h. keine konkurrierenden Parteien, die ihre eigenen Interessen zu Lasten des Landes verfolgen. Andere vertreten den Standpunkt, daß eine Mehrparteien-Demokratie eingeführt werden sollte – aber noch nicht gleich, d.h. nicht bevor das Bildungsniveau soweit angehoben ist, daß die Wähler in der Lage sind, alternative politische Richtungen und Programme einzuschätzen.

## Reform des Bildungssystem notwendig

Diese beiden Faktoren – Bildung und wirtschaftliche Entwicklung – sind ausschlaggebend für die Demokratie in Laos. Unter dem gegenwärtigen Regime wurde die Bildungspolitik stark vorangetrieben und erreichte sogar die abgelegensten Dörfer. Ein intensives Programm zur Alphabetisierung Erwachsener begann 1976, und die Regierung rühmte sich, das Analphabetentum gänzlich abgeschafft zu haben. Die Erfolgsmeldung war jedoch verfrüht. Die angeblichen Erfolge entsprachen mehr dem Wunsch als der Wirklichkeit. Viele, die lesen gelernt hatten, fielen bald wieder in einen funktionellen Analphabetismus zurück, weil sie keine Praxis hatten. Es wurde praktisch jeder, der lesen und schreiben konnte, in die Grundschulausbildung

gedrängt, zu einer Zeit, in der die meisten unter dem früheren Regime ausgebildeten Grundschullehrer das Land verließen. Das führte dazu, daß zwar die Zahl der Schulen und Schüler rasch zunahm, das Niveau aber sank. Auch die Qualität der Lehrerausbildung nahm ab. Das Ausbildungsniveau war so niedrig, daß viele laotische Studenten, die für ein Studium in der Sowjetunion oder Osteuropa ausgewählt wurden, den Lehrstoff nicht verstanden, sei es in russischer, deutscher, polnischer oder tschechischer Sprache.

Ausländische Experten, die die bildungspolitischen Bedürfnisse in Laos untersuchen sollen, bevor Kredite von der Weltbank und der Asian Development Bank vergeben werden, sind sich einig, daß es Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern wird, bis die Ausbildung ein Niveau erreicht, das mit anderen südostasiatischen Ländern vergleichbar ist. Es wird an Programmen gearbeitet, um das Dong Dok Lehrerseminar auf Universitätsniveau anzuheben. Gleichzeitig werden Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt, um die Qualifikation der Lehrer zu verbessern. Schulbücher, die es in Laos kaum gibt, werden entwickelt und gedruckt. Aber es wird noch zehn bis zwölf Jahre dauern, bis die nächste Schülergeneration das verbesserte System durchlaufen hat, und noch viel länger, bis das Land so etwas wie eine gebildete Wählerschaft hat.

Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte ebenso langsam vorangehen. Über achtzig Prozent der Laoten sind noch Bauern. Der Rest verteilt sich auf Gewerbe, Dienstleistungen und staatliche Angestellte. Nachdem jüngst die Vorschriften für ausländische Investitionen gelockert wurden, ist eine Reihe von Fabriken errichtet worden, insbesondere für Textilien und Bekleidung, hauptsächlich von chinesischen Unternehmen aus Taiwan und Hongkong. Diese wollen die noch freien Quoten nutzen, die Laos auf dem US-Markt hat. Ein weiterer Arbeitgeber ist die Holzindustrie, besonders seit die Regierung den Export unverarbeiteter Holzstämmen untersagt hat, um Investitionen in Sägewerke, Sperrholzherstellung und Möbelfabriken zu fördern.

Wie China und Vietnam hat die marxistische Regierung von Laos sich sehr darum bemüht, ausländische Investoren ins Land zu holen und private und halbstaatliche Unternehmen zu unterstützen. Obwohl eine fehlende Infrastruktur und ein Mangel an technisch qualifizierten Fachkräften, speziell solchen mit organisatorischen und Führungsqualifikationen, die wirtschaftliche Entwicklung noch immer behindert, wird vorhergesagt, daß das Brutto sozialprodukt 1993 um sechs bis sieben Prozent wachsen soll. Dennoch ist das jährliche Pro-Kopf-Einkommen von 170 \$ das niedrigste in Südostasien, und es wird noch

einige Zeit vergehen, bevor wesentliche Verbesserungen erwartet werden können.

Das bedeutet, daß ein Wandel, wie er in Thailand stattgefunden hat, als ein Status eines NIC (Newly Industrializing Country) erhielt, speziell die Herausbildung einer zunehmend wohlhabenden und gebildeten Mittelschicht, für Laos in absehbarer Zukunft unwahrscheinlich ist. In Thailand und anderen Ländern in Südostasien war es gerade diese Mittelschicht, von der Druck für Liberalisierung und Demokratisierung ausging. In Laos ist diese Schicht sehr dünn, und sie wird es bleiben.

## Kaum Demokratisierungsdruck aus dem Ausland

Einige Rufe nach demokratischen Reformen kommen aus dem Ausland, und zwar von Gruppen von Auslands-Laoten. Die aktivste Gruppe war die in Frankreich gegründete MDL (Bewegung für Demokratie in Laos), die durch ein ehemaliges Kabinettsmitglied der Königlich-Laotischen Regierung geleitet wird. Die MDL wurde durch internationale Interessen und auch durch ihre Beteiligung am Friedensprozeß in Kambodscha gestärkt. Sie hat den Vereinten Nationen einen Vorschlag unterbreitet, daß es für Laos eine ähnliche Initiative geben sollte. Die MDL stellt darin fest, daß Laos ebenso wie Kambodscha unter vietnamesischer Vorherrschaft stehe, der sich die laotische Bevölkerung aktiv widersetzt. Daher hat die MDL dazu aufgerufen, daß UN-Truppen nach Laos entsandt werden sollten, um alle militärischen und paramilitärischen Kräfte zu entwaffnen.

In diesem Vorschlag der MDL wird leider nicht berücksichtigt, daß die Situation in Laos überhaupt nicht mit der in Kambodscha vergleichbar ist. Die laotische Widerstandsbewegung, die ihre Basis in Thailand hat, hat das Regime kaum bedroht und kann in keinem Fall mit den Roten Khmer als militärischer Faktor verglichen werden. In der Vergangenheit hat sie eine begrenzte Unterstützung von Thailand erhalten, aber seit sich die Beziehungen zwischen Bangkok und Vientiane verbessert haben, ist diese Unterstützung geringer geworden. Außerdem wurde die frühere laotische Regierung nicht wie das Pol Pot-Regime durch einen massiven vietnamesischen Einmarsch gestürzt. Die Regierungen von Laos und Vietnam schlossen 1977 einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit auf 25 Jahre. Aufgrund dieses Vertrages wurden in Laos vietnamesische Streitkräfte zur Verteidigung der Laotischen Demokratischen Volksrepublik stationiert. Inzwischen wurden diese Streitkräfte abgezogen. Es herrscht also in Laos kein Bürgerkrieg, der friedlich beigelegt werden muß, und deshalb be-

steht auch kein Anlaß für die Vereinten Nationen, einzugreifen und im Zuge der Beendigung eines Bürgerkrieges ein politisches Mehrparteien-System zu schaffen.

Eine weitere Quelle für Demokratisierungsforderungen aus dem Ausland sind die westlichen Demokratien, zu denen Laos freundschaftliche Beziehungen unterhält, und andere mehr oder weniger demokratische Staaten in Südostasien. Die Abneigung, sich in die inneren Angelegenheiten von Staaten einzumischen, mit denen diplomatische Beziehungen unterhalten werden, begrenzt den Einfluß westlicher Demokratien wie Schweden, Frankreich und Australien, um drei der wichtigeren westlichen Geberländer zu nennen. Die Vereinigten Staaten haben kürzlich ihre diplomatische Vertretung in Laos auf die Ebene einer Botschaft angehoben. Ihr größtes Interesse bleibt aber das Schicksal der Vermißten aus dem Vietnam-Krieg. Langfristig gesehen könnte Laos zu einem offeneren demokratischen System geführt werden, weil es an einer stärkeren Integration in die Staatengemeinschaft der Region, speziell an den ASEAN-Mitgliedern, interessiert ist. Viele Laoten sehen eine Mitgliedschaft im ASEAN-Bündnis nicht nur als wünschenswert, sondern als unvermeidlich an. Dies ist ein wichtiger Grund dafür, daß die englische Sprache das Französische in den drei Ländern des früheren französischen Indochina ersetzt; denn Englisch ist nicht nur die internationale Handelssprache, sondern auch die gemeinsame Sprache unter den ASEAN-Ländern. Laos hat bereits zusammen mit Vietnam die Erklärung von Bali über die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region unterzeichnet. Der nächste Schritt muß allerdings Vereinbarungen darüber umfassen, wie man zu einem offeneren wirtschaftlichen und politischen System kommen kann. Die gegenwärtige Regierung von Laos würde sich nur ungern dazu verpflichten, aber je deutlicher der Nutzen eines ASEAN-Beitritts sich abzeichnet, um so stärker wird der Druck auf die Regierung werden. In diesem Zusammenhang ist die Tatsache interessant, daß von Australien die erste Brücke über den Mekong gebaut wird, die Thailand mit Laos verbindet. Der Bau einer zweiten Brücke (möglicherweise von Japan) ist geplant. Sie würde Thailand und Vietnam über eine Straße durch das südliche Laos verbinden.

## Hinwendung zum "chinesischen Modell"

Gegenwärtig wirkt der stärkste internationale Einfluß jedoch gegen eine demokratische Liberalisierung, und zwar aufgrund der Beziehungen, die Laos zu China und Vietnam hat. Diese Verbindung besteht nicht einfach nur auf

Staatsebene. Wichtiger sind die Verbindungen zwischen den Parteien und Militärapparaten, speziell im Fall Vietnam. Die revolutionären Bewegungen in Laos und Vietnam gehen zurück auf die Kommunistische Partei Indochinas. In der gesamten Zeit von 1946 bis 1975 unterstützten die Vietnamesen die Pathet Lao ganz massiv, und zwar militärisch, wirtschaftlich und organisatorisch. Die revolutionären Eliten beider Länder haben enge persönliche Bindungen zueinander, von Partei zu Partei und auf höchster militärischer Ebene. Während des ganzen "dreißigjährigen Kampfes" und noch nach 1975 erhielt Laos ideologische Anleitung aus Vietnam. Laotische Kader wurden in Vietnam ideologisch geschult, vietnamesische Berater waren in Laos tätig, und beide Seiten tauschten zahllose Delegationen aus. Ebenso wie die Kommunistische Partei Vietnams ist die LPRP entschlossen, ihr Machtmonopol zu halten. Von der vietnamesischen KP wird sie dazu jede nur mögliche Unterstützung erhalten.

Die Beziehungen zu China waren nie gleichermaßen eng, obwohl China die Pathet Lao während des revolutionären Kampfes unterstützt hat. Trotz seiner Bemühungen um Neutralität konnte Laos nicht vermeiden, in den chinesisch-vietnamesischen Kambodscha-Konflikt hineingezogen werden. Schließlich stand Laos auf vietnamesischer Seite, und erst in den letzten drei Jahren ist eine sichtbare Verbesserung der laotisch-chinesischen Beziehungen zu erkennen. Ein Grund war, daß die Führung der LPRP über die Entwicklungen in der Sowjetunion ebenso verblüfft war wie die Chinesen. Außerdem wandten sich sowohl Laos als auch Vietnam dem alternativen chinesischen Modell zu: *Pérestroika*, aber keine Spur von *Glasnost*. In dieser Zeit hat der chinesische Ministerpräsident Li Peng Laos besucht, und fast jeder wichtige laotische Politiker war in China. Beide Länder verhandeln über eine Grenzregelung, China baut und unterhält Straßen im nördlichen Laos, der grenzüberschreitende Verkehr hat rasch zugenommen, und Beijing hat Laos mehr Wirtschaftshilfe zugesagt. Der Vorteil für die Chinesen besteht darin, daß sie im ideologischen Kampf mit der Sowjetunion Sieger geblieben sind, und sie haben die Genugtuung, daß sowohl Laos als auch Vietnam die Überlegenheit des chinesischen Modells anerkennen.

Konkret hängt also die Zukunft des gegenwärtigen Einparteien-Systems in Laos davon ab, ob die entsprechenden Systeme in China und Vietnam weiterbestehen. Beide Staaten beziehen sich auf die konfuzianische Regierungstradition, nach der das Recht auf Herrschaft sich gründet auf die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Harmonie und wirtschaftlichen Wohlstands. Ein Verlust dieser Grundlagen hätte den Verlust des

"Himmlichen Mandats" zur Folge.

Der gesellschaftliche Umbruch durch die Kulturrevolution stellte für die Legitimation des Regimes eine ernsthafte Bedrohung dar. Es ist unabdingbar, daß die KP Chinas auf ein Maximum an gesellschaftlicher Harmonie und wirtschaftlichem Wohlergehen hinarbeitet, was sie auch tatsächlich tut, und zwar indem sie die meisten ökonomischen Dogmen über Bord wirft. Taiwan und Korea haben mit großem Erfolg wirtschaftlichen Fortschritt erlangt, ohne eine demokratische Regierung zu haben. Die herrschenden Parteien dieser drei Länder könnten dadurch die Voraussetzungen für ihren eigenen Rücktritt schaffen, aber bis dahin wird noch Zeit ins Land gehen. Bis jetzt sieht es nicht so aus, als würden China oder Vietnam zusammenbrechen wie die Sowjetunion, zumindest nicht in absehbarer Zeit. Die LPRP scheint sich also auf internationale Unterstützung verlassen zu können.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Aussichten für mehr Demokratie in Laos nicht sehr groß sind. Die LPRP und die Regierung, die sie kontrolliert, zeigen keine Absichten, die Macht zu teilen. Im Land selbst sind die Forderungen nach mehr politischer Beteiligung am gegenwärtigen System nicht sehr groß. Druck aus dem Ausland von den laotischen Widerstandsorganisationen und Exilgruppen ist nicht stark bzw. nicht vorhanden. Auch westliche Demokratien üben keinen nennenswerten koordinierten Druck auf die laotische Regierung aus. Dahingegen leisten die Einparteien-Regime, die in China und Vietnam an der Macht sind, starke politische Unterstützung für das Regime in Laos. Solange diese Kräftekonstellation sich nicht ändert, wird die LPRP das politische Machtmonopol behalten, während sie gleichzeitig über eine zunehmend liberale Wirtschaft des freien Marktes gebietet.

**Martin Stuart-Fox**

*Der Verfasser ist Dozent für asiatische Geschichte an der University of Queensland, Australien. Er veröffentlichte 1986 das Buch "Laos. Politics, Economics and Society". Übersetzung aus dem Englischen von Gesine Mattel-Pegam*